

Autonome Party auf Wifag-Areal

STADT BERN Am Samstag wurde auf dem Wifag-Areal in Bern erneut ein Gebäude besetzt. Über Facebook wurde zur Party aufgerufen. Die Liegenschaftsbesitzerin hatte dies offenbar toleriert.

«Intellektogalaktische Sauvage»: So hatten die Hausbesetzer, die am Samstag das Industriegebäude an der Wylerringstrasse 29 auf dem Wifag-Areal in Beschlag nahmen, ihre Party auf Facebook angekündigt. Rund 500 Personen seien dem Aufruf am Samstagabend gefolgt, wie der «Bund» schreibt. «Überall sind Räume leer, und überall brauchen Menschen Raum. Aber die Menschen dürfen nicht in diese Räume, wegen einer bösen Erfindung: des «Eigentums», begründen die Veranstalter die Besetzung auf der Facebook-Seite.

Im Laufe der Nacht sind bei der Kantonspolizei mehrere Meldungen aus der Nachbarschaft wegen Ruhestörung, Lärm und Sachbeschädigung eingegangen, wie Mediensprecherin Simona Benovici bestätigte. Die Polizei habe versucht, über die Liegenschaftsbesitzerin, welche das Fest tolerierte, Einfluss zu nehmen, so Benovici. Eigentümerin des Areals ist die Ursula-Wirz-Stiftung.

Solaranlagen zerstört

Die Feiern dauerten offenbar bis circa sechs Uhr morgens. Am Sonntagmittag war das Gebäude wieder menschenleer. Die Linksautonomen hinterliessen eine grosse Unordnung. Der Boden war verdreckt, überall lagen Bierflaschen, Dosen und Plastik-

becher. Vor dem Gebäude hatten die Besetzer offenbar Feuer gelegt. Zu den Geschädigten gehören auch Firmen, die auf dem Wifag-Areal Material gelagert hatten. Eine kleinere Firma, welche Solaranlagen herstellt, wurde von den Linksautonomen um mehrere Tausend Franken gebracht, wie ein Mitarbeiter am Sonntagnachmittag vor Ort schätzte. Die Hausbesetzer haben ihre Fotovoltaikmodule unter anderem verwendet, um eine Bar zu basteln. Jetzt sind die Module kaputt.

Wie es an der Wylerringstrasse 29 weitergeht, liegt bei der Liegenschaftsbesitzerin. «In jedem Fall liegt die Entscheidung der Nutzung der Räumlichkeiten bei ihr», sagt Benovici.

Bereits im April 2013 wurde das leerstehende Gebäude auf dem Wifag-Areal besetzt. Die Besetzung dauerte damals sechs Tage. *sih/rah*



Rund 500 Personen waren im Wifag-Gebäude. *Iris Andermatt*

Wurden die Schafe von einem Hund gehetzt?

SCHALUNEN Eine Schafherde wurde gestern früh von einem Zug erfasst. Der Besitzer vermutet, dass die Tiere von einem Hund gehetzt wurden.

In Schalunen ist gestern früh ein Zug des Regionalverkehrs Bern-Solothurn in eine Schafherde gefahren. 31 Schafe kamen sofort ums Leben, 2 verletzte Tiere mussten später durch die Polizei getötet werden.

Der Zug aus Solothurn war um 5.30 Uhr in Bätterkinden weiter in Richtung Bern gefahren. Kurz darauf, noch vor dem Bahnhof Schalunen (Gemeinde Fraubrunnen), erfasste er die Schafe. «Der Lokführer hat die Herde nicht gesehen», sagt RBS-Sprecherin Fabienne Thommen. «Er konnte nicht mehr bremsen.»

Ungewöhnliches Verhalten

Wie die Schafe auf den Bahndamm gelangt sind, konnte die Kantonspolizei gestern nicht sagen. Der betroffene Schafbesitzer Adrian Lüscher hat aber eine Vermutung. «Die Tiere wurden wohl durch einen Hund gehetzt.» Die eingezäunte Weide befindet sich in der Nähe des Unfallorts zwischen dem Geleise und einem Wald. Am Samstagnachmittag schaute Lüscher dort noch vorbei, es war alles in Ordnung. Die Herde bestand aus 57 Tieren.

Am Sonntagmorgen war der Zaun auf einer Länge von etwa dreissig Metern niedrigerissen, ein Viehhüter war umgestossen. «Das deutet darauf hin, dass die Tiere in die Flucht geschlagen wurden», sagt Lüscher, der einen Viehhandelsbetrieb führt. Er hat



Schafweide: Die Umzäunung wurde umgerissen. *zvj*

schon mehrfach negative Erfahrungen mit jagenden Hunden gemacht. «Auf einer anderen Weide biss ein Hund mehrere meiner Schafe.»

Stutzig macht ihn auch, dass sich die 24 lebenden Tieren nach dem Unglück auf beiden Seiten des Gleises befanden. «Das ist aussergewöhnlich, normalerweise bleiben die Schafe beieinander.» Lüscher hat Anzeige erstattet und hofft nun auf Klärung. Die toten Tiere wurden gestern zur Kadaverstelle gebracht, die überlebenden Schafe werden heute wie geplant geschlachtet.

Strecke unterbrochen

Am RBS-Zug entstand ein Sachschaden. Der Bahnverkehr war für rund vierzig Minuten unterbrochen. Im Einsatz standen mehrere Patrouillen der Kantonspolizei Bern. *rei*

OPEN-SOURCE-SOFTWARE IN DER VERWALTUNG

Berns Kampf um die digitale

Die Informatikstrategie der Stadt Bern wird immer mehr zum Politikum. Der Stadtrat möchte sich mit der Förderung von Open-Source-Software aus der Abhängigkeit grosser Lieferanten lösen und Kosten sparen. Die kommende Erneuerung der städtischen Büroarbeitsplatz-Systeme könnte zum Meilenstein werden.

Textdokumente verfasst man mit Word, Mails verschickt man mit Outlook und Bilder lassen sich mit Photoshop bearbeiten. So wird es an Stadtberner Schulen gelernt. So war es schon immer: Ein grosser Softwareanbieter liefert ein Programm, die Schüler lernen den Umgang damit, und die Stadt bezahlt dem Anbieter eine Lizenzgebühr. Es ist ein Geschäft voller Abhängigkeiten. Eines, gegen das sich Widerstand regt in der Stadt Bern.

Anfang November hat der Stadtrat eine Motion für erheblich erklärt, die den vermehrten Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Schulinformation fordert. Anders als bei proprietären Programmen, die meist von grossen Anbietern wie Microsoft oder Apple angeboten werden, liegt bei OSS der Quelltext offen, weshalb sie von Dritten weiterentwickelt und verändert werden kann (siehe Kasten rechts). Abhängigkeiten von einzelnen Produkten und Anbietern lassen sich so verringern. Zudem entfallen Lizenzgebühren.

Diese Argumente der Befürworter waren es, welche die Berner Parlamentarier Anfang No-

«Wer Open Source fordert, gerät schnell unter Beschuss.»

Matthias Stürmer, Stadtrat EVP

vember überzeugten: Sie nahmen die parteiübergreifende Motion (SP, GB/JA, FDP, SVP, EVP) deutlich an, obwohl der Gemeinderat sie in einem Punkt zur Ablehnung empfahl.

Druck aus dem Parlament

«Es tut sich was in Bern», sagt EVP-Stadtrat Matthias Stürmer. «Auch wenn das Thema schwer fassbar ist, finden wir immer wieder Mehrheiten für unsere Anliegen.» Stürmer, Leiter der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit an der Universität Bern, ist seit Oktober 2011 eine der prägenden Figuren im hiesigen Kampf gegen Microsoft und Konsorten. Damals, in seiner ersten Stadtratssitzung überhaupt, versenkte er mit Mitstreitern von links bis rechts einen Investitionskredit zur Erneuerung von Microsoft-Serverlizenzen. Ein paar Monate später verabschiedete der Gemeinderat den abgespeckten Kredit in Eigenregie, der Druck der Legislative aber blieb bestehen.

So hiess der Stadtrat Ende 2012 eine Motion gut, welche die Regierung aufforderte, ein Konzept zur Förderung von Open-Source-Software zu erarbeiten. «Der Einsatz von OSS wird gefördert», heisst es seither in der Informa-

tikstrategie der Stadt Bern. Bei gleichwertiger Software soll die OSS-Lösung beschafft werden.

Die Stadt reagiert

«Bereits heute wendet die Stadt OSS in mehreren Bereichen erfolgreich an», sagt Gemeinderat Alexandre Schmidt (FDP), der die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik führt. So laufe etwa das OSS-Betriebssystem Linux auf zahlreichen Servern, der Internetauftritt und das Intranet der Stadt basierten auf einem OSS-Produkt und verschiedene Anwendungen und Betriebswerkzeuge würden auf Open-Source-Basis genutzt. Auch in der Schule kämen entsprechende Lernprogramme zum Einsatz.

Für Matthias Stürmer sind das Erfolge – wenn auch nur kleine. «Nur weil es auf Schulcomputern neben Word auch ein Libre Office gibt, heisst das noch lange nicht, dass das Programm auch benutzt wird», sagt er. Was es brauche, sei ein grundsätzliches Umdenken in Politik und Verwaltung. Erst langsam werde den Leuten bewusst, dass die Abhängigkeit von den grossen, meist amerikanischen Lieferanten ein Problem darstellen könnte.

Risiken und Chancen

Konkrete Massnahmen erhofft sich der EVP-Stadtrat im Bildungsbereich, wo der Gemeinderat aufgrund der Motion von Anfang November aktiv werden muss. Die Regierung soll grundsätzlich prüfen lassen, wo Open-Source-Software im Schulbetrieb eingesetzt werden kann. Und sie soll – so der zur Ablehnung empfohlene Punkt 2 – Pilotschulen ausrüsten, um Einsatzformen von OSS zu testen.

Setzt der Gemeinderat die Vorgaben konsequent um, könnte sich die Stadt Bern in eine ähnliche Richtung entwickeln wie der Kanton Genf. Dieser hat als erster Kanton der Schweiz in allen Schulen Open-Source-Software und Betriebssysteme eingeführt. Einerseits will man so verhindern, dass die Schulkinder auf ein einziges Produkt getrimmt werden, andererseits erhofft sich der Kanton substanzielle Einsparungen: Allein der Wechsel von den bisherigen Office-Programmen auf das kostenlose Libre Office soll das Kantonsbudget innert fünf Jahren um 2 Millionen Franken entlasten.

Scheitern in Solothurn

Ob die Einsparungen in Genf die Investitionen übersteigen, muss sich erst weisen. Der Kanton Solothurn etwa ist mit seiner 2001 begonnenen Umstellung der Verwaltungssoftware grandios gescheitert; das Beispiel der Stadt München

hingegen zeigt, wie komplex Umsetzung und Bewertung eines Wechsels sein können (siehe Zweittext).

Klar ist: Während das Festhalten an proprietärer Software den konservativen und risikoärmeren Weg darstellt, birgt die Umstellung auf OSS grössere Chan-

«Das ist, als ob die Stadt ein gutes Auto anschaffen möchte und von vornherein sagt, dass es ein VW sein muss.»

Matthias Stürmer, Stadtrat EVP

cen und Risiken. «Einen Wechsel zu forcieren, braucht Mumm», sagt Matthias Stürmer. Es sei noch nie jemand dafür gefeuert worden, dass er sich für Windows eingesetzt hat. «Wer aber Open Source fordert, gerät schnell unter Beschuss.»

Grosser Wechsel steht an

Trotzdem glaubt der EVP-Politiker daran, dass sich in der Stadt Bern in naher Zukunft einiges verändern wird – in den Schulen, aber auch in der Stadtverwaltung. Für 2015/2016 nämlich ist die nächste Erneuerung der Informatik-Büroarbeitsplatz-Umgebung geplant, für welche die Stadt über 6 Millionen Franken beiseitegelegt hat. «Das ist der beste Moment für eine grosse Veränderung», sagt Matthias Stürmer. Er fordere nicht, dass das gesamte System auf OSS umgestellt werde. «Aber man muss alternativer Software eine echte Chance geben.» Heute würden Neuanschaffungen oft gar nicht ausgeschrieben – komme es doch zu einer Ausschreibung, würden sich die Kriterien meist an bestehenden Produkten statt an den benötigten Funktionen orientieren. «Das ist, als ob die Stadt ein gutes Auto anschaffen möchte und von vornherein sagt, dass es ein bestimmtes VW-Modell sein muss», so Stürmer. Der Anbieter könne den Preis bestimmen, der Markt versage.

Weichen werden gestellt

Bei Ausschreibungen seien auch heute schon OSS-Produkte zugelassen, kontert der zuständige Gemeinderat Alexandre Schmidt. Diese würden aber aus-



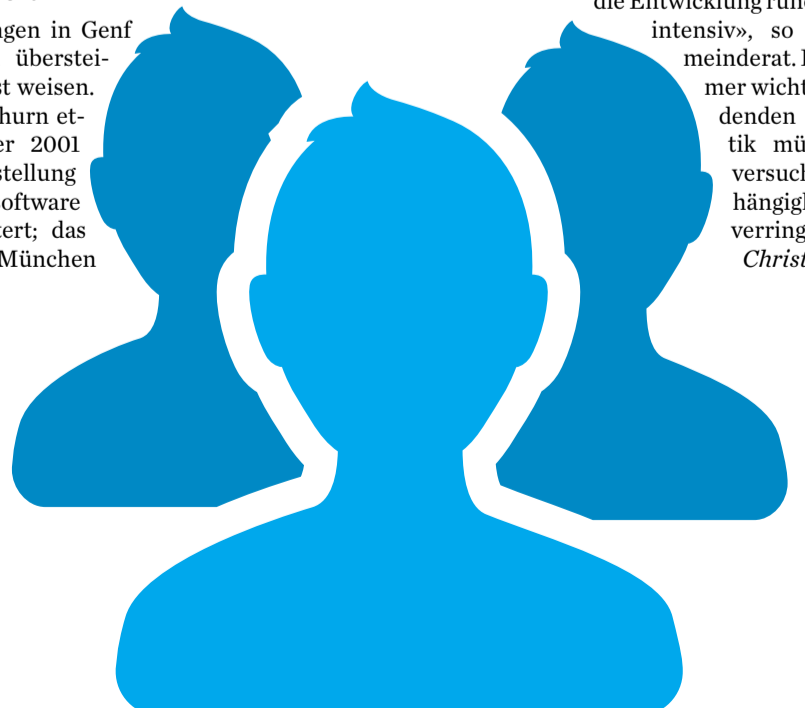
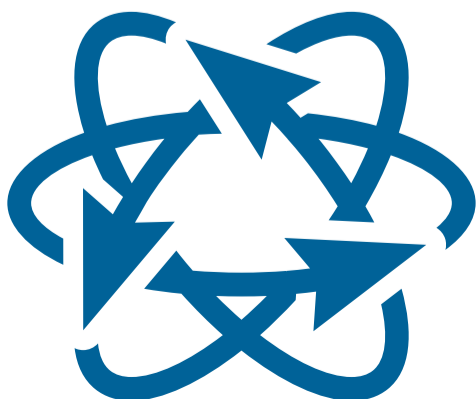
Er ist einer der beharrlichsten Kritiker

erst selten angeboten. Im Hinblick auf den Wechsel in der Stadtinformatik habe der Gemeinderat eine Studie in Auftrag gegeben, die zeigen soll, in welchem Umfang OSS an den städti-

«Die Stadt betrachtet die Entwicklung rund um OSS intensiv.»

Alexandre Schmidt, Gemeinderat FDP

schen Büroarbeitsplätzen zum Einsatz kommen könnte. Anfang Dezember stellte Schmidt den aktuellen Stand der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt vor, der auch Stürmer angehört. «Die Stadt betrachtet die Entwicklung rund um OSS intensiv», so der Gemeinderat. In der immer wichtiger werdenden Informatik müsse man versuchen, Abhängigkeiten zu verringern. *Christian Zeier*



Freiheit



der städtischen Informatik-Strategie: EVP-Stadtrat Matthias Stürmer an seinem Arbeitsplatz im Berner Institut für Wirtschaftsinformatik.

Andreas Blatter

DAS PRINZIP OPEN SOURCE

Open-Source-Software (OSS) definiert sich dadurch, dass ihr Quelltext offen einsehbar ist, dass dieser verändert werden kann und dass die **Software beliebig oft und kostenlos kopiert, weiterverbreitet oder genutzt werden kann**. Klassische Anwendungsbereiche sind etwa Server (bspw. Apache), Datenbanken (Hadoop) oder Betriebssysteme (Linux, Android). Immer beliebter werden Desktop-Anwendungen, die etwa Microsoft Office konkurrieren (bspw. Libre Office) oder Alternativen zu klassischen Internetbrowsern darstellen (Mozilla Firefox). Lange galt OSS als Spielwiese für Nerds und idealistische Programmierer – in Wahrheit werden heute aber **rund 80 Prozent der Software professionell von Firmen ganz unterschiedlicher Grössen entwickelt**. Hinter dem erfolgreichen und mehr oder weniger offenen Smartphone-Betriebssystem Android etwa steht Google; Firmen wie HP oder IBM geben enorme Summen aus für die Entwicklung ihrer Open-Source-Projekte. cze

DAS BEISPIEL MÜNCHEN

Zwischen Euphorie und Alltagsproblemen

Wie sinnvoll ist es für eine Verwaltung, ihre Informatik auf Open Source umzustellen? Die Stadt München hat den Versuch gewagt und Microsoft vertrieben – nach elf Jahren ist die Bilanz durchzogen.

Wie ungenügend Microsoft Lizenzverträge verliert, zeigt eine Anekdote aus dem Jahr 2003. Damals machte sich die Stadt München – und allen voran Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) – Gedanken über den Ersatz des bisherigen Betriebssystems Windows NT4. Es wurden Alternativen geprüft, darunter auch reine Open-Source-Lösungen. Da schickte Microsoft im März 2003 das beste Pferd ins Rennen: Steve Ballmer, der CEO höchstpersönlich, machte sich auf nach München, um Ude auf den rechten Weg zu bringen. Vergebens.

Angst vor einer Revolution

München entschied sich, auf 15 000 Computern der Stadtver-

waltung das OSS-Betriebssystem Linux und das freie Office-Paket Open Office (später Libre Office) zu installieren. Die Gründe: Kostenersparnisse und Freiheit in der Softwareauswahl. Es war ein Entscheid, der international für Aufsehen sorgte und die grossen Softwarehersteller ins Grübeln brachte: Sollte München erfolgreich sein und sollten andere Verwaltungen nachziehen, wären die Folgen für das lukrative Lizenzgeschäft verheerend.

11,6 Millionen gespart

Elf Jahre später ist die Aufregung dem Alltag gewichen. Im Dezember 2013 hat München die Umstellung nach eigenen Angaben erfolgreich abgeschlossen. Das Fazit aber ist durchzogen. Bereits ein Jahr vor Abschluss des Projektes hat die Stadt einen Bericht publiziert, der festhielt, dass der Wechsel das Stadtbudget um 11,6 Millionen Euro entlastet hat – 4,2 Millionen Euro davon fallen alleine auf die gesparten Lizenz-

kosten. Doch auch heute betreibt München die Informatik nicht kostenlos: Die Stadt bezahlt Firmen für die individuelle Anpassung der Programme an die eigenen Bedürfnisse. Klar ist auch, dass die Kosten für die intensive Testphase vor der Umstellung sowie für die Umstellung selbst hoch waren.

Hinzu kommen kritische Stimmen aus Verwaltung und Politik – auch von einstigen OSS-Unterstützern. «Viele Mitarbeiter sind verzweifelt», schrieb etwa die grüne Spitzenpolitikerin Sabine Nallinger. «Softwareanforderungen werden nicht erfüllt oder nur mit Verzögerung und voller Fehler.» Die Verantwortlichen müssten vergangene Fehleinschätzungen einsehen.

Zurück zu Microsoft?

Wie stark auch persönliche Erfahrungen die OSS-Debatte beeinflussen, zeigt der Wechsel im Amt des Münchner Oberbürgermeisters. Im vergangenen Mai

löste der bekennende Microsoft-Unterstützer Dieter Reiter (SPD) seinen Parteikollegen und Open-Source-Fan Christian Ude ab. Seither, so heisst es, denke man in der Stadtverwaltung über eine Rückkehr zur proprietären Software nach. All diesen Schwierigkeiten zum Trotz ist man sich in München einig: Der Wechsel auf OSS hat der Stadt eine Entscheidungs- und Verhandlungsfreiheit verschafft, die ihresgleichen sucht. Geld, das zuvor in die Kassen von Microsoft floss, wird in eigene Software investiert. Auch andere können davon profitieren. Das ist digitale Nachhaltigkeit. Man dürfe diese «Entwicklungsschmerzen» aber nicht alleine tragen, fordert OSS-Kritikerin Nallinger. Zwar sei München ein «Vorreiter auf dem Weg zu einer offenen und unabhängigen digitalen Welt». Damit man diese Weg aber weiterhin gehen könne, brauche es Unterstützung – von anderen Städten, die den Wechsel wagen. cze

Raubkunst: Rückgabe im Januar

GURLITT-ERBE Nach einigen Verzögerungen sollen Anfang Jahr drei Raubkunstwerke aus der Gurlitt-Sammlung zurückgegeben werden. In einem vierten Fall – Pissarros «Le Louvre, matin» – haben sich noch keine Erben gemeldet.

Seit Monaten ist von der Rückgabe von Raubkunstwerken aus der Sammlung Gurlitt die Rede. Zu einer Restitution ist es aber nie gekommen – auch nicht nach der Annahme der Erbschaft durch das Kunstmuseum im November. Nun wächst die Ungeduld. «Es ist keine Zeit zu verlieren», titelte die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) jüngst und zitierte den Anwalt der Erben, die das Gemälde «Sitzende Frau» von Matisse zurückverlangen: «Deutschland muss die Bürokratie erfunden haben.» An der Auseinandersetzung um das Testament könne es nicht liegen, so die FAZ. Gurlitts Verwandte, die das Testament angefochten haben, liessen mitteilen, die Familie könne sich nicht erklären, «warum die entsprechenden Gemälde noch nicht restituiert sind».

Unterlagen fehlen

Was also steckt dahinter? «Der Entscheid liegt beim Nachlasspfleger», sagt Marcel Brühlhart, als Berner Verhandlungsleiter für die Gurlitt-Vereinbarung zuständig. «Er hat uns angefragt, ob das Kunstmuseum mit der Herausgabe einverstanden ist, und wir haben dies umgehend schriftlich bestätigt. Mehr kann das Kunstmuseum nicht tun.»

Der Nachlasspfleger selbst verweist auf die deutschen Bundesbehörden: «Derzeit läuft die Prüfung, ob die Anspruchsteller ausreichende Unterlagen vorgelegt haben. Das ist bei einigen Verfahren noch nicht der Fall», so der Münchner Anwalt Stephan Brock. Namentlich bei Carl Spitzwegs «Klavierspiel» fehlten noch nötige «Nachweise der Rechtsnachfolge». Man sei aber zuversichtlich, so Brock, dass die identifi-



Raubkunst von Gurlitt: Pissarros «Le Louvre, matin» (1902).

zierten Raubkunstwerke spätestens Ende Januar zurückgegeben werden könnten.

In Salzburg entdeckt

Noch länger dauern dürfte es im Fall von Camille Pissarros «Le Louvre, matin» (1902), das in Gurlitts Salzburger Haus entdeckt worden ist. Das Gemälde wurde im Zweiten Weltkrieg der jüdischen Familie Heilbronn in Paris geraubt. «Die Taskforce beschäftigt sich mit diesem Bild. Die Restitution ist für mich klar», sagt Matthias Fehner, Direktor des Kunstmuseums Bern. «Es geht nun darum, die anspruchsberechtigten Erben ausfindig zu machen und mit diesen alle Modalitäten zu klären», so Fehner. «Bis jetzt sind meines Wissens noch keine Ansprüche von diesen geltend gemacht worden.» Oliver Meier

